

DIE LINKE.

LINKS(D) RUCK!

»Schämt euch, Sozis!«

Immer mehr Armut an Rhein und Ruhr



Nach aktuellen Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes waren 2013 schon 17,1 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen arm. In den davor liegenden sieben Jahren ist das ein Zuwachs von 22 Prozent, doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Besonders betroffen ist das Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 20 Prozent. Aber auch die »Boomregion« Köln/Düsseldorf leidet unter einer Armutsexplosion. Oft trifft es Kinder und ihre Mütter. Es fehlt an Ganztagsbetreuung, und Frauen sind oft schlecht

bezahlt. Ein Ausweg: In Erziehung, Bildung und Pflege müssen endlich mehr Menschen zu fairen Löhnen arbeiten. Obwohl Konzerngewinne sprudeln und der Anteil der Erwerbstätigen stetig steigt, verelenden in NRW zunehmend ganze Stadtviertel. Die SPD-geführte Landesregierung sieht zu, wie jedes Jahr tausende Jobs für höhere Konzerngewinne wegfallen. Das geht auch anders. Gerechtere Steuern können Land und Kommunen wieder handlungsfähig machen. Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz. Eine echte Mindestsicherung ohne Sanktionen schützt Menschen vor dem Absturz in die Armut. Die Regelsätze gehören dringend erhöht und die Zwangsmaßnahmen gegen Erwerbslose

abgeschafft. Wer ist verantwortlich für die aktuelle Massenarmut an Rhein und Ruhr? Vor allem die SPD. Sie regiert in NRW und im Bund. Sie setzte Hartz IV und Lohndumping erst durch. Wer etwas für die Menschen im Land tun will, muss dringend den Kurs ändern.

Menschen ohne Arbeitsplatz fehlt es an Mitteln und Chancen. Doch selbst mit Job gibt es keine Sicherheit. »Arm trotz Arbeit« ist in NRW ein weit verbreitetes Phänomen. Minijobs, Befristungen und Leiharbeit führen dazu. Will man Massenarmut beenden, muss an ihre Stelle fair bezahlte, sozialversicherte Arbeit treten. Dazu braucht ein soziales Land einen Mindestlohn von über 10 Euro und ohne Ausnahmen und eine Mindestrente gegen die zunehmende Altersarmut. Der vielleicht größte Skandal: Kinderarmut. Laut Kinderschutz leben in NRW 800 000 junge Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Das ist fast jedes vierte Kind. Kinder sind in unserem reichen Land ein Armutsrisiko. Das muss sich ändern. Sie brauchen eine eigene Grundsicherung. Deshalb sagt DIE LINKE: Schämt euch, Sozis. NRW ohne Armut – das muss drin sein!

Tophemen in der »Klar«
Unsoziale Jobs auf Zeit,
Pharmakonzerne kassieren ab, Mütter bei Rente mit 63 benachteiligt
Beilage

Gegen das Spardiktat

Kreis Wesel. Die Bundesregierung schont Vermögende und Unternehmen. Deshalb sind die Kassen leer, und die Verteilung zwischen Bund, Land und Kommunen gleicht dem Zerren am zu kurzen Bettuch: Irgendwo fehlt es immer. Der Kreistag nimmt das hin und beschließt einen Sparhaushalt nach dem anderen. DIE LINKE ist aber nicht dafür gewählt, soziale Schiefen fortzuschreiben. DIE LINKE steht für einen grundsätzlichen Kurswechsel. Geld, das Kommunen nicht investieren, fehlt der lokalen Wirtschaft. Die Folge davon ist ein Rückgang bei Beschäftigung, Steuern und Sozialabgaben. Darum ist das Kürzen von Leistungen des Kreises unvernünftig. Es setzt die Spirale nach unten in Gang. In vielen Fällen, etwa bei Prävention und Bauunterhaltung, sind auch Folgekosten zu erwarten.

Straßen- und Gebäudeunterhaltung zu verschieben, wie der Grünen-Fraktionsvorsitzende Hubert Kück anpreist, erspart nichts. Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, dass es am Ende noch teurer wird, da aus kleinen Schäden schnell große werden. Im Jahr 2014 wurden in der Kreisverwaltung von den Beschäftigten 57 277 Überstunden geleistet. Die Reform der Jahre 2011 bis 2015 wurde von der Belegschaft konstruktiv umgesetzt, obwohl sie zu 60 Prozent zu Lasten des Personals ging. Damit sind Potenziale im Personalbereich ausgeschöpft. Wohin das letztendlich führt, zeigen Überstunden. Der Personalrat hält eine Fortführung dieser Politik für untragbar. Er fordert mindestens die Einrichtung der 12,15 Stellen, die im Stellenplan 2015 vorgesehen waren. Frank Ber-

ger hingegen, Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag, redet weiter von zu erbringenden Anteilen der Beschäftigten an seinem Kürzungsprogramm. Aus Sicht der LINKEN ist das Realitätsverweigerung auf dem Rücken der Beschäftigten. Vor dem Hintergrund dieser

Debatte wundert DIE LINKE das Festhalten am Flugplatz Schwarze Heide. Jahr um Jahr beschließt der Kreistag die Weiterfinanzierung für das dahinsiechende Projekt. Das Scheitern wird nur per Beschluss verhindert. Dieses Geld wäre in Prävention und Personal besser investiert.



Frag die Menschen im Betrieb

von Sahra Wagenknecht

Dass die Armut in NRW jedes Jahr wächst, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis von Politik. Leiharbeit, Hartz IV oder Rentenkürzungen wurden im Parlament beschlossen. Diese Gesetze haben viele Menschen arm und einige wenige sehr reich gemacht. Während die Armut im Jahr 2015 ein Rekordhoch erreicht, sprudeln die Profite von großen Konzernen und Banken seit vielen Jahren. Um die Armut in NRW zu bekämpfen, muss Wirtschaftspolitik für die Menschen und nicht für die großen Unternehmen gemacht werden.

Jobs für die Region

Das bedeutet gerade in NRW auch eine gute Industriepolitik, denn dort gab es früher gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze. Auch schaffen Industriebetriebe häufig weitere Jobs in der Region. Aber: Immer mehr Arbeitsplätze in der Industrie werden abgebaut. 1978 war in NRW jeder zweite Beschäftigte in der Industrie tätig, heute sind es nur noch 29 Prozent. Für DIE LINKE heißt soziale Industriepolitik daher, dass die Menschen im Betrieb gefragt werden, wenn wichtige Entscheidungen anstehen. Im Düsseldorfer Daimler-Werk wurde im letzten Jahr entschieden, über 600 Arbeitsplätze in die USA zu verlagern. Der Grund: noch größere Profite, weil die Löhne in den USA nur halb so hoch sind wie in Düsseldorf. Damit Unternehmen nicht solche Entscheidungen gegen ihre Beschäftigten treffen, fordert DIE LINKE mehr Mitbestimmung: Die Beschäftigten sollen mitentscheiden können, wenn Betriebe den Standort verlagern oder ihre Mitarbeiter entlassen wollen. An großen Industriebetrieben können viele tausend Arbeitsplätze in der Stadt und der Umgebung hängen. Mit der Schließung von Opel Bochum etwa sind bis zu 45 000 Arbeitsplätze in NRW bedroht. Die Landes- und die

Fortsetzung auf Seite 2

In Dinslaken

hat die »Neutor Galerie« das Gesicht der Stadt nicht zum Besseren verändert. **Seite 2**

In Wesel

gibt es endlich genug Gesamtschulplätze. Das ist eine gute Nachricht. **Seite 3**

Im Kreis

ist DIE LINKE frisch im Kreistag. Was da läuft, fragen wir Fraktionschef Sascha H. Wagner. **Seite 4**

Dinslakens löchriges Lächeln

Post von Wagner



Gerd Baßfeld, Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Dinslaken, kennt die Leerstände.

Arbeitgeber erzählen ein Märchen: Es war einmal ein befristeter Job, der gab jungen Menschen die Chance, ins Arbeitsleben zu kommen. In der Realität sind solche Jobs eher eine bleierne Kugel. Sie hindern junge Beschäftigte daran, ihre Zukunft planen zu können. Weniger als ein Drittel der Befristeten wird irgendwann übernommen. Jede zweite Neueinstellung hat heute eine (Galgen-)Frist. Das hat vor allem ein Ziel: Flexibilität für Unternehmen auf Kosten der Beschäftigten. Es macht sie durch Angst vor Jobverlust erpressbar. Die vielen auf Zeit Beschäftigten in Wissenschaft, Erziehungswesen, Handel oder Pflege können ein Lied davon singen. DIE LINKE.NRW sagt: Befristung und Leiharbeit stoppen. Das muss drin sein!



Ihr
Sasel U. Wojcik
 Landesgeschäftsführer
 DIE LINKE.NRW

Haushalt in Not

Voerde. Unserer Stadt droht wie vielen anderen die Überschuldung. Die Auswirkungen werden alle Bewohner zu spüren bekommen. Was wird als Gegenmaßnahme angeboten? Das gleiche wie immer. Ausgaben kürzen und Bürger zur Kasse bitten. Das bedeutet beispielsweise Personalabbau, Streichung von Sozialleistungen usw. auf der Ausgabenseite. Die Erhöhung kommunaler Steuern wie der Grundsteuer sowie von Gebühren und Abgaben auf der Einnahmenseite. All das wird die Überschuldung aber nicht verhindern können. Die hat zur Folge, dass Städte und Gemeinden unter »Betreuung« der Bezirksregierung gestellt werden. Das ist dann das Ende der kommunalen Selbstverwaltung und ein Schritt in Richtung Obrigkeitsstaat. Kürzen ohne Aussicht auf Besserung? Einen solchen Haushalt konnte DIE LINKE nur ablehnen.



Cigdem Kaya, Sprecherin der Linksjugend [solid], Kreis Wesel

Jung und engagiert

Mit 28 ist die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Cigdem Kaya, eine der Jüngsten im Rat der Stadt Dinslaken. Die Politikwissenschaftlerin trat 2007 der LINKEN bei, um sich praktisch gegen Krieg und Ungerechtigkeit einzusetzen. Theorie reichte ihr nicht. Und sie startete durch. Sprecherin des Stadtverbandes Dinslaken, Landessprecherin Linksjugend [solid], Bundesvorstand dielinke.SDS sind nur einige Stationen ihrer Arbeit. Ihren Master machte sie in Marburg im Studiengang »Europäische Integration und Globalisierung«. Zusammenhänge erkennen und beeinflussen, die Verbindung von Theorie und Praxis, ist ihr Ding. 2011 war die gebürtige Duisburgerin mit kurdischen Wurzeln als Wahlbeobachterin in der Türkei. Ende 2013 gründete sie die Basisgruppe der Linksjugend [solid] im Kreis Wesel neu. Jugendliche für linke Politik zu begeistern, ist ihr ein Herzensanliegen. Deshalb engagiert sie sich beim Aufbau der Linksjugend im Kreis. Lust mitzumachen?

Kontakt: wesel@linksjugend-solid-nrw.de

Dinslaken. Wie Zahnflücken wirken die leerstehenden Ladenlokale im Straßenbild. Sei es auf der Neustraße, der Duisburger Straße, der Bahnstraße oder der Friedrich-Ebert-Straße. Dort, wo früher Einzelhandel das Leben im Stadtteil bestimmte und zum Bummeln und Einkaufen animierte, zeigen sich heute vermehrt zugeklebte oder vernachlässigte Schaufenster. Das gibt es nicht nur in Dinslaken. Die Wahrnehmung der örtlichen Wirtschaftsförderin, Svenja Krämer, ist jedoch eine besondere. Ausschließlich die leerstehenden Lokale auf der Haupteinkaufsstraße will sie berücksichtigen. Die umliegenden Standorte, die ebenfalls zum Stadtbild gehören, könne man vernachlässigen. Das bezeich-

nen wir als verantwortungslos. Wir haben die Leerstände gezählt. Im April 2014 dokumentierten wir 32 leerstehende Lokale unterschiedlicher Größe im Bereich der Innenstadt. Knapp ein Jahr später 31. Viele Ladenlokale werden seit mehr als einem Jahr zur Vermietung angeboten. Der positive Ausblick der Wirtschaftsförderin hat sich leider nicht bestätigt. Auch die Mieten wurden nicht wie von der Verwaltung erhofft nach unten korrigiert. Die Befürchtung, dass durch den Bau des Einkaufszentrums Neutor Galerie die Innenstadt geschädigt wird, war offensichtlich berechtigt. Aber nicht nur die Einzelhändler in und um die Innenstadt herum leiden unter dem Einkaufszentrum. Auch die im

Einkaufszentrum niedergelassenen Einzelhändler sind aufgrund zu hoher Mieten und rückläufiger Kundschaft in Schwierigkeiten. Erst vor wenigen Tagen stand auf einem Ladenlokal in der Neutor Galerie: Wir räumen! Bis zu 50 Prozent reduziert! Auf Nachfrage wurden die niedrigen Besucherzahlen genannt. Es gebe zu wenige Angebote für die Jugendlichen. Somit kämen die potenziellen Kunden erst gar nicht. Die Stadtverwaltung samt ihrer Wirtschaftsförderung muss endlich ein Einzelhandelskonzept aufstellen, das den Bedürfnissen der Bevölkerung wirklich Rechnung trägt. Sonst werden die Dinslakenerinnen und Dinslakener zum Einkaufen immer mehr in die Nachbarstädte abwandern.

Betriebe in die Hand der Beschäftigten

Fortsetzung von Seite 1, rechts für die in NRW starke Chemie-Bundespolitik darf deswegen nicht zusehen, wenn wichtige Industriebetriebe einfach dichtgemacht werden. DIE LINKE fordert stattdessen, die überlebendigen Betriebe in der Hand der Mitarbeiter weiter zu betreiben, die Produktion nach sozialen und ökologischen Maßstäben umzubauen und dafür öffentliche Kreditbürgschaften zu geben. Massenentlassungen in profitablen Unternehmen, etwa um die Aktienkurse hochzutreiben, müssen gesetzlich verboten werden. Um neue Arbeitsplätze in der Industrie zu fördern, muss NRW außerdem in seine Verkehrswege investieren, die eine wichtige Voraussetzung für viele Industriezweige sind. Dies gilt vor allem

für die in NRW starke Chemieindustrie und den Maschinenbau. Allerdings: Die Verkehrswege in NRW zerfallen. Seit Jahren wird zu wenig investiert, weil die staatlichen Kassen leer sind. DIE LINKE fordert daher, Reiche und Konzerne wieder stärker zu besteuern, um Geld unter anderem für die Verkehrswege zu haben und so Arbeitsplätze zu schaffen. Dies bedeutet für DIE LINKE, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, um die Umwelt zu schonen. DIE LINKE zeigt: Eine gute Industriepolitik ist in NRW möglich. Man muss dafür nur den Mut haben, sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen. **Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Bundestag**

Lass jucken, Kumpel!

Wenn es Sie nicht kratzt, was in der Welt passiert, sollten Sie ein Bier trinken gehen. Alle anderen, die es angesichts der politischen Zustände in den Fingern juckt, sollten mal ein Probeabo des nd riskieren. Wir kratzen am Lack!

Zwei Monate gedruckt plus »nd«-App zusammen nur 35,- €

Interesse? Dann anrufen unter (030) 29 78 18 00. www.neues-deutschland.de/miniabo Das Angebot gilt nur im Inland und in Haushalten ohne aktives nd-Abo in den letzten 6 Monaten.



neues deutschland
 SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

Endlich: Genug Gesamtschulplätze!



Foto: Niels Holger Schmidt

Präsent in der Schulpolitik Wesel: DIE LINKE

Wesel. Lange mussten jedes Jahr zahlreiche Kinder mangels Platz an der Gesamtschule abgewiesen werden. DIE LINKE hat das, seit sie im Weseler Rat vertreten ist, stets angeprangert und sich für mehr Gesamtschulplätze eingesetzt. Auch die betroffenen Eltern forderten nachdrücklich eine zweite Gesamtschule. Denn für eine Anmeldung an dieser Schulform gibt es oftmals gute Gründe. Der Druck erhöhte sich durch einen gemeinsamen Antrag von LINKEN, WWW/Piraten und Grünen. Die SPD schloss sich diesem Antrag an. Nach harter Diskussion hat nun der Weseler Stadtrat die Erweiterung der Gesamtschule Am Lauerhaas von

fünf auf acht Züge beschlossen. Endlich ist das Ziel erreicht. Wesel hat genügend Gesamtschulplätze. Ob Eltern sich gegen eine frühzeitige Selektion und für längeres gemeinsames Lernen entscheiden, ob sie ihrem Kind neun Jahre bis zum Abitur statt der acht Jahre am Gymnasium zubilligen, ob sie für ihr Kind die Vorteile des gemeinsamen Lernens wünschen, jetzt bekommen sie alle für ihr Kind die gewünschten Bildungschancen. Besonders die Zahl junger Menschen mit ausländischen Wurzeln, die in Wesel Abitur machen, liegt seit Jahren unter dem Landesdurchschnitt. Ein Blick auf die Namenslisten der Abitur-

rientinnen und Abiturienten der verschiedenen Schulen zeigt deutlich, wo diese Jugendlichen

die besten Chancen hatten. Mit der Erhöhung der Gesamtschulplätze können gerade diese Jugendlichen ihre Fähigkeiten erfolgreicher entwickeln – zum eigenen Wohl und zum Nutzen der Gesellschaft.

Auch, dass die Gesamtschule Kindern den Weg zu höherer Bildung ermöglicht, denen das nicht von Anfang an vorbestimmt war, belegen die Zahlen eindeutig: 57 Kinder mit Hauptschulempfehlung bestanden in den letzten drei Jahren an der Gesamtschule ihr Abitur, zwei Kinder an den beiden Gymnasien. Die Auseinandersetzung um die Schulentwicklung hat sicher viele Eltern verunsichert. Nun liegt es an allen Beteiligten, ihren Beitrag zu leisten, damit die gefundene Lösung zu einem Erfolg wird – im Sinne unserer Kinder!

Haupt- und Realschule werden mit abgelehnten Gesamtschülern aufgefüllt.

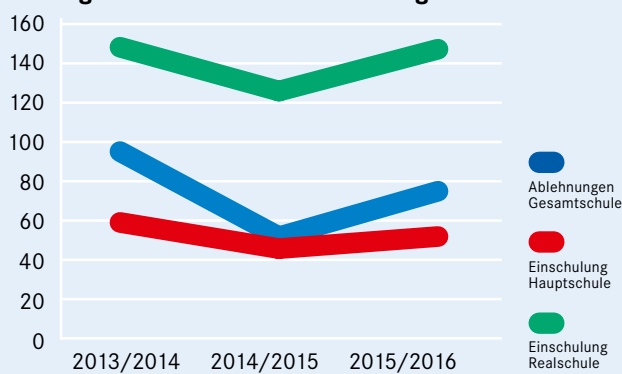


Foto: Niels Holger Schmidt

Tim Schmidt (r.) konnte jüngst LINKE-Chef Bernd Rixinger als Streik-Redner begrüßen.

Arbeitskampf bei Amazon

Rheinberg. Der Kampf um Arbeitnehmerrechte und ordentliche Tarifverträge bei Amazon dauert an. DIE LINKE zeigt sich solidarisch. Im September war sogar der Parteivorsitzende Bernd Rixinger zur Unterstützung vor Ort. Zuvor verteilte DIE LINKE etwa zu Ostern bunte Eier an die Streikenden. Für die Unterstützung dankte der damalige Betriebsratsvorsitzende Tim Schmidt der Partei in einem Brief. DIE LINKE.Rheinberg wird weiterhin an der Seite des Betriebsrates und der Gewerkschaft stehen.

Mehr sozialer Wohnungsbau

Xanten. »Der soziale Wohnungsbau in Xanten ist tot«, hörten wir von vielen, zuletzt von der Caritas. DIE LINKE.Xanten hakte nach. Und die Antwort von Bürgermeister Thomas Görtz war eindeutig: Der preisgebundene Wohnungsbau spielt in Xanten keine Rolle mehr. Wir haben dann beantragt, dass bei neuen Bebauungsplänen 25 Prozent der Neubaufächen für den sozialen Wohnungsbau reserviert werden sollen. Mit der zahlenmäßigen Festsetzung konnten wir uns zwar nicht durchsetzen. Aber wir erreichten einen einstimmigen Beschluss, dass bei neuen Baugebieten sozial geförderte Wohnungen stärker berücksichtigt werden sollen. Wir werden die Verantwortlichen daran erinnern, sobald entsprechende Entscheidungen anstehen.

Flüchtlinge: Konferenz in Moers

Moers. Auch in Moers kommen zahlreiche Flüchtlinge an. Da ist es gut, dass der Flüchtlingsrat wieder aktiv wird. Im Sommer fand nach mehreren Vorbereitungstreffen die erste Flüchtlingskonferenz statt. Der Andrang war groß. Viele verharren geduldig auf dem Flur, um nichts zu verpassen. Es ging um den Sachstand. Am besten sind die Flüchtlinge schon in den Sportaktivitäten integriert. Auch Sprachkurse werden angeboten. Alles geschieht ehrenamtlich. Und es macht sichtlich Spaß.

Fraktionsvorsitzender Sidney Lewandowski vor Ort am Bergwerk West



Foto: Niels Holger Schmidt

»Altlastenfrage ist ein Problem«

Kamp-Lintfort. Sidney Lewandowski, Sprecher der LINKEN Kamp-Lintfort, macht sich Gedanken über Chancen und Gefahren des Prestigeprojektes Landesgartenschau.

Sidney, Du sagst, dass man Vorsicht und Vernunft beiseiteschiebt, um kurzfristig einen Erfolg präsentieren zu können. Wie kommt du darauf?

Sidney Lewandowski: Schon der Zeitpunkt 2020 bringt mich ins

Grübeln. Da sind Kommunalwahlen. SPD und Bürgermeister werden die Schau den Wählern als ihr Projekt verkaufen wollen. Es ist aber noch vieles ungeklärt.

Zum Beispiel?

Ein unbestreitbares Problem ist die Altlastenfrage. Untertage lagert tonnenweise PCB, ein Stoff, der schon in kleinsten Mengen schwere Langzeitschäden hervorruft. Diese Giftbombe kann durch den Anstieg des

Grubenwassers verheerende Auswirkungen auf Kamp-Lintfort und Umgebung haben. Wir wollen eine Landesgartenschau, keine Landesgiftschau.

Und das wird bei der Planung nicht berücksichtigt?

In der Bewerbung an das Umweltministerium taucht das Thema gar nicht erst auf. Wir befürchten deshalb ein Kleintreden der Altlastenfrage.

Gibt es weitere Probleme?

Ja, beim Thema Verkehr. Im Prinzip hat Kamp-Lintfort ja ein funktionierendes und gut durchdachtes Verkehrskonzept. Aber mit dem Zustrom zur Landesgartenschau könnte es eng werden für die zweitgrößte Stadt in Deutschland ohne Bahnhof.

Wie kommt es, dass eine Stadt wie Kamp-Lintfort keinen Bahnhof hat?

Der Bürgermeister sucht die Schuld auf der Bundesebene. Der notwendige Bahnhof ist aber vor Ort verschlafen worden. Die Stadt hätte sich viel mehr ins Zeug legen müssen.

Eine Gartenschau bringt aber doch auch viele Vorteile für Kamp-Lintfort.

Ja, Tourismus, Wirtschaft und Außenwirkung der Stadt können profitieren.

Also seid ihr nicht gegen die Landesgartenschau?

Im Gegenteil! Wir freuen uns sehr über das Projekt. Es ist eine Chance, um den Wegfall des Bergbaus ein Stück weit zu kompensieren und unsere Stadt lebenswerter zu gestalten. Die Landesgartenschau darf nur nicht zu einem Prestigeprojekt werden, das ohne Sinn und Verstand durchgeboxt wird.

Die einzige Opposition im Kreis



Kostenlos erhältlich!

DIE LINKE. Fraktion im Kreistag hat einen Sozialkompass herausgebracht, in dem alle Hilfsangebote im Kreis verzeichnet sind. Von A wie Aidshilfe bis V wie Verbraucherschutz ist für jeden etwas dabei.

DIE LINKE hilft!

DIE LINKE im Kreis Wesel bietet zweimal im Monat eine offene Sozialberatung an. Es werden Fragen rund um ALGI und II, Grundsicherung, Wohngeld und GEZ-Befreiung beantwortet. Informationen, Hilfe mit Formularen und Begleitdienste zu Ämtern sollen den Menschen helfen, ihre Rechte geltend zu machen. Ohne Kosten und Termin – einfach vorbeikommen!

An jedem 1. und 3. Mittwoch im Monat von 15 bis 17 Uhr in Dinslaken, Friedrich-Ebert Straße 46.

Betuwe ohne Gnade

Hamminkeln. Nichts ist geklärt in Sachen Betuwe. Die Bedenken der Anwohner zu Sicherheit und Lärm finden kein Gehör. DIE LINKE stellt sich gegen dieses rücksichtslose Vorgehen. Unter anderem mit einer Initiative im Kreistag, die in einem gemeinsamen Beschluss aller mündete. Kreis und Landrat werden sich künftig mehr dafür einsetzen, dass Bahn und Bund die besondere Bedeutung der Betuwe-Linie mit ihrem Verkehrsaufkommen und ihren Gefahrguttransporten anerkennt. Auch eine Klage bei der EU wird geprüft.

Kreis Wesel. Sascha H. Wagner ist seit einem Jahr Vorsitzender der neuen LINKS-FRAKTION im Kreistag. Für den LINKS(D)RUCK! haben wir ihn zu seinen Erfahrungen befragt.

Ihr seid frisch im Kreistag. Welche Erwartungen haben sich bestätigt, was hat euch überrascht?

Sascha H. Wagner: Bestätigt hat sich, dass finanziell wenig Spielraum ist. Das liegt natürlich an den Rahmenbedingungen, die Bund und Land verbockt haben. Schön war, dass wir von der Verwaltung gut empfangen wurden. Da hat sich schnell eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt.

Im Kreis Wesel regiert ein Jamaika-Bündnis. Das klingt nach Karibik, Reggae und Gras? Schön wär's. Die Realität sieht anders aus. Das Zweckbündnis der Wahlverlierer von CDU, Grünen und FDP/VWG betreibt eine kalte Kürzungspolitik zu Lasten der Menschen im Kreis.

Wie läuft es mit den anderen? Feindschaft oder Zusammenarbeit?



Sascha H. Wagner berichtet über das erste Jahr im Kreistag.

Der Umgang ist fair. Inhaltlich gibt es natürlich große Unterschiede. Einstimmig angenommene Anträge, wie bei unserer Initiative in Sachen Betuwe, sind Ausnahmen.

Ihr habt eine schöne große Geschäftsstelle in Dinslaken. Was sagen die Nachbarn? Oh, wir haben schon für Aufsehen gesorgt. Inzwischen ist das aber akzeptiert und die Angebote werden angenommen. Es ist uns wichtig, mit großen

Fenstern und offenen Türen vor Ort zu sein. Wir wollen uns nicht in Hinterzimmern verkriechen.

Was erreicht ihr so im Kreistag, 3 gegen 64?

Erstmal ist wichtig, dass wir drin sind. Nur im Kreistag hat man volle Informationsrechte und Zugang zu allen Unterlagen. Das wissen auch Initiativen und Verbände. Die nutzen das und tragen ihre Fragen und Anliegen an uns heran. Wir setzen auch selbst Themen. Und manchmal

setzen wir dann doch etwas durch. Längere Öffnungszeiten im Jobcenter zum Beispiel oder mehr Einsatz des Kreises in Sachen Betuwe.

Was habt ihr noch so vor?

Wir bleiben die einzige echte Opposition im Kreistag. Damit haben wir enorm viel zu tun. Gegen Personalabbau, für öffentliche Daseinsvorsorge, Stopp der Auskiesung... Aber wir haben auch eigene Projekte wie unseren Sozialkompass.



Mietchaos am Vluynner Nordring

Neukirchen-Vluyn. Zwangsversteigert, gekündigt, mit Versprechungen bedacht, abgebrannt, wieder verkauft, neue Versprechungen. »Was passiert mit uns?«, fragen sich die Betroffenen ein ums andere Mal. Nichts ist mehr sicher, seit die ehemaligen NAU-Wohnungen unter den Hammer kamen. Nachdem sich die Stadt bei der Versteigerung fein rausgehalten hat, bleibt nur eine Hoffnung: dass der neue Eigentümer sein Versprechen hält und hier auch nach der Sanierung bezahlbaren Wohnraum anbietet. Und dass sie dann zurückkehren können. DIE LINKE sieht sich solidarisch mit der Mietergemeinschaft am Vluynner Nordring. Sie steht für ausreichend sozialen Wohnungsbau.

Impressum
Herausgeberin: DIE LINKE. Landesverband Nordrhein-Westfalen Kortumstraße 106-108 44787 Bochum
V.i.S.d.P.: Sascha H. Wagner
Auflage: 20000 Stück
Redaktionsschluss: 20. Oktober 2015
Redaktion: Daniel Kerekes, Heike Kretschmer, Irina Neszeri, Niels Holger Schmidt
Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Fotos liegen bei der Partei DIE LINKE. Landesverband NRW.
Redaktion Kreisverband: V.i.S.d.P.: Sascha H. Wagner, Ingeborg Lay-Ruder
DIE LINKE. Kreis Wesel Friedrich-Ebert-Straße 46 46535 Dinslaken
Telefon: 020 64/77 57 384
info@dielinke-kreiswesel.de www.dielinke-kreiswesel.de

sudoku

Das Puzzelfeld besteht aus einem Quadrat, das in 3x3 Quadrate unterteilt ist. Das Puzzle muss nun so vervollständigt werden, dass die Zahlen von 1 bis 9 in jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem der 3x3 Felder jeweils nur einmal vorkommen. Für jedes Rätsel gibt es nur eine richtige Lösung.

		3	9	1				2
	1	9			2			
2								
8	4			9	5	1	7	
	3	1	2	4	7	8		
9		7	1	3			6	4
				2				6
1	7		8			3		
						4	8	

				9	8	3	1	
		9	2		6			
8	3	6	7		9			
	1		5					
	6		1	4	9		2	
				2		6		
	3		7		1	4		9
		1		6		2		
4	9	5		8				